



INITIATIVE

FÜR

NATÜRLICHE

WIRTSCHAFTSORDNUNG

STANDPUNKT 1

Helmut Creutz

Wachstum, Wachstum... über alles!

Welche Rolle spielt das Geld?

Jeder weiß, dass es in der Natur für jedes Wachstum eine optimale Obergrenze gibt - kein Baum wächst in den Himmel und kein Mensch über das 20. Lebensjahr hinaus.

Jeder weiß auch, dass man bei gleichbleibender Leistung und gleichbleibendem Einkommen normalerweise nicht ärmer werden kann. Tatsächlich müsste auch ohne Wirtschaftswachstum jeder seinen Wohlstand durch weitere Anhäufung langlebiger materieller und geistiger Güter steigern können, bei steigender Produktivität sogar mit sinkender Arbeitszeit!

Warum aber drohen uns Ökonomen Verluste an, wenn sich die Wirtschaftsleistung stabilisiert? Warum werden Politikern die Knie weich, wenn die Wachstumsraten gegen Null zu sinken drohen? Warum rufen Gewerkschaften und Unternehmerverbände unisono nach Wirtschaftswachstum und warum wagen selbst die Grünen kaum noch auf die damit verbundenen

Umweltfolgen hinzuweisen? Was ist die Ursache dieses fragwürdigen Verhaltens? - Eine Antwort finden wir in der Einkommensverteilung:

Die Modalitäten der Einkommensverteilung:

Bekanntlich wird das Sozialprodukt bzw. Volkseinkommen in

jedem Jahr zwischen Kapital und Arbeit aufgeteilt. Der Staat greift wiederum auf diese Einkommen zurück, beim Kapital mit nachlassendem Erfolg, bei der Arbeit um so gründlicher. Die Natur, die Grundlage allen Wirtschaftens und Wohlstands, wird dagegen immer noch als kostenlose Quelle betrachtet und geht weder in die Kalkulationen noch Verteilungsrechnungen ein.

Wächst nun die Wirtschaftsleistung und damit das Volkseinkommen zum Beispiel um zwei Prozent, dann können auch die Kapital- und Arbeitseinkommen und damit die des Staates um zwei Prozent zunehmen, ohne dass es zu irgendwelchen Schwierigkeiten kommt. Verlangt aber eine der Beziehergruppen mehr als jene zusätzlich erwirtschafteten zwei Prozent, dann müssen sich die anderen zwangsläufig mit weniger zufrieden geben.

Überprüfen wir vor diesem Hintergrund die tatsächlichen Leistungs- und Verteilungsentwicklungen in Deutschland, und



A. Entwicklung der nominellen Gesamtgrößen in Mrd. DM:

	1950	2000	Anstieg 1950-2000
Bruttoinlandsprodukt (BIP):	98	3.967	x 41
Bruttolöhne und -gehälter:	40	1.716	x 43
Nettolöhne und -gehälter:	35	1.121	x 31
Steuereinnahmen:	23	913	x 42
Zum Vergleich:			
Geldvermögen:	59	11.935	x 202
Zinserträge der Banken:	3	724	x 241

zwar bezogen auf die wichtigsten Größen, dann ergeben sich langfristig betrachtet folgende Relationen (siehe Tabelle A).

Vergleicht man die Anstiegsquoten in Tabelle A, dann fällt auf, dass diese bei den vier realwirtschaftlichen Größen relativ ähnlich sind, lediglich die Lohn-Nettogröße liegt deutlich darunter. Völlig aus dem Rahmen aber fallen die fast explosiven Anstiegsquoten der beiden monetären Vergleichsgrößen, wobei die Zinserträge der Banken in etwa mit der Schuldenzinsbelastung in unserer Volkswirtschaft gleich zu setzen sind. Während diese Bankzinserträge 1950 mit drei Mrd. DM/1,53 Mrd. € und drei Prozent des BIP noch ziemlich belanglos waren, hatten sie im Jahr 2000 mit 724 Mrd. DM/370 Mrd. € bereits 18 Prozent des BIP erreicht, gemessen am Volkseinkommen sogar 25 Prozent!

Diese Wiedergabe der statistisch ausgewiesenen Gesamtgrößen berücksichtigt jedoch nicht, dass die Bevölkerung in Deutschland in den 50 Jahren von 47 auf 82 Millionen auf das 1,7-fache angestiegen ist, die

Anzahl der Arbeitnehmer von 14 auf 35 Millionen und damit auf das 2,7-fache. Die wirklichen Entwicklungsrelationen werden darum erst deutlich, wenn man die Milliardenbeträge auf die Einwohner bzw. Arbeitnehmer umrechnet (siehe Tabelle B).

B. Entwicklungen pro Kopf in DM-Beträgen:

	1950	2000	Anstieg 1950-2000
BIP je Einwohner:	2.085	48.488	x 23
Bruttolohn je Arbeitnehmer:	2.918	50.740	x 17
Nettolohn je Arbeitnehmer:	2.500	31.460	x 13
Steuerzahlungen je Einw.:	490	11.861	x 24
Zum Vergleich:			
Geldvermögen je Einwohner:	1.255	145.550	x 116
Bankzinserträge je Einw.:	64	8.829	x 138

Wie aus Tabelle B ersichtlich ist, sind also nicht nur die Pro-Kopf-Nettoeinkommen der Arbeitnehmer weit hinter den Entwicklungen der Wirtschaftsleistung zurück geblieben, sondern auch die Bruttoeinkommen. Gemessen an der Entwicklung des BIP nahmen diese Bruttoeinkom-

men nur um 74 Prozent zu, die Nettoeinkommen sogar nur um 57 Prozent. Dagegen sind die Geldvermögensbestände und mit ihnen die Zinserträge von 1950 bis 2000 fünf bzw. sechs Mal so rasch angestiegen wie das BIP und neun bzw. zehn Mal so rasch wie die Nettoeinkommen der Arbeitnehmer!

Welche Folgen hat diese Überentwicklung?

Auf Grund der unterschiedlichen Entwicklungen der realwirtschaftlichen und monetären Größen kommt es bei der Verteilung der Einkommen zu einer zunehmenden Diskrepanz zwischen Arbeits- und Kapitaleinkommen. Diese Einkommensverschiebung wird durch die Konzentration der

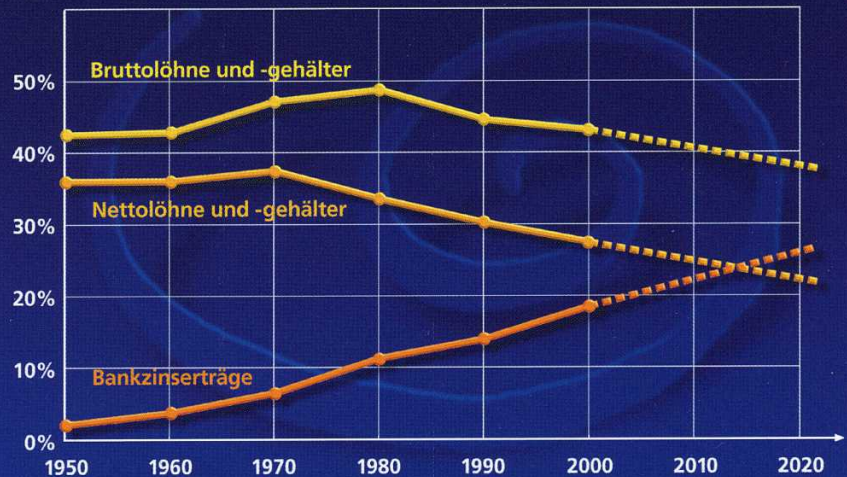
Vermögen und Zinseinkommen bei einer Minderheit noch verstärkt. So verfügt nach offiziellen Erhebungen die ärmere Bevölkerungshälfte nur über vier Prozent der Geldvermögen, die reichere über 96 Prozent. Und auch bei dieser reicheren Hälfte konzentriert sich das Vermögen überwiegend

beim letzten Zehntel. Mit dieser Verteilung erklären sich auch die wachsenden Diskrepanzen zwischen Arm und Reich in unserer Gesellschaft.

Erschwerend kommt noch hinzu, dass das Kapital, und hier vor allem das Geldkapital, bei der Verteilung immer den Erstzugriff hat. Seine Ansprüche, resultierend aus Geldvermögen bzw. Schulden mal Zinssatz, sind nicht nur vorab vertraglich festgelegt, sie nehmen, bedingt durch den Automatismus des Zins- und Zinseszins-effekts, auch noch von Jahr zu Jahr zu. Und diese Ansprüche sind unausweichlich einzuhalten, unabhängig davon, ob die Wirtschaft ausreichend, unzureichend oder überhaupt gewachsen ist. Das heißt, je geringer das Wachstum der Wirtschaft, desto dramatischer wirken sich die Folgen der festliegenden und sogar weiter wachsenden Ansprüche des Geldkapitals aus.

Auf Grund dieser Vorrangstellung des Geldkapitals bleiben für die Unternehmen, vor allem die verschuldeten, nur Einsparungen im Lohnbereich oder Rückstellungen von Investitionen übrig. Beides führt zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit und damit einem weiteren Rückgang der Kaufkraft, der die Folgen des Konjunkturerinbruchs wiederum verstärkt. Auch die konjunkturfördernden Möglichkeiten des Staates schwinden mit sinkenden Steuereinnahmen, vor allem wenn der Staat bereits in der Schuldenfalle steckt. Statt die Wirtschaftstätigkeit zu beleben, weicht er darum ebenfalls in Investitions- und Personalreduzierungen aus.

Bruttolöhne, Nettolöhne und Bankzinsenerträge Veränderungen im Zehnjahresabstand - in Prozenten des BIP



Quelle: Bundesbank / BMA

© Helmut Creutz

Ständig steigende Zinsenerträge gehen zu Lasten der Arbeitseinkommen

Der Präsident der Landeszentralbank Niedersachsen, Prof. Helmut Kotz, hat dieses Verteilungs-Dilemma in seiner Neujahrsansprache 2001 einmal so umschrieben:

„In der unvollständigen Welt, in der wir leben, ... ist Arbeitslosigkeit der Mechanismus, der die Ansprüche von Lohn- und Kapitaleinkommensbeziehern, die in der Summe bisweilen höher als die Wertschöpfung sind, in Übereinstimmung bringt ... Nur dann, wenn der Reallohn, der von den Arbeitnehmern gefordert wird, zu der Mindestkapitalverzinsung passt, ... wird auch die Inflationsrate stabil bleiben.“

Das heißt: Wenn das Wachstum der Wirtschaft nicht mit jenem des Kapitals Schritt hält, müssen die steigenden Kapitalansprüche entweder mit Arbeitslosigkeit und damit sinkenden Lohnkosten, oder mit Inflation ausgeglichen werden. Das aber heißt auch, dass unter

den heutigen Bedingungen Vollbeschäftigung und Kaufkraftstabilität nur durch ein Wirtschaftswachstum in den Griff zu bekommen sind, das mindestens so hoch sein muss wie die von Jahr zu Jahr exponentiell wachsenden Ansprüche des Kapitals!

Es ist verständlich, dass sich unter diesen Gegebenheiten die Parteien, Politiker und Verbände in dem Ruf nach Wachstum nicht nur einig sind, sondern sich förmlich überbieten. Vor dem Hintergrund der sozialen Folgen traut sich auch kaum noch ein Politiker das Thema Umwelt in den Mund zu nehmen oder gar solche Ökosteuern vorzuschlagen, die den Verbrauch tatsächlich drosseln und die Umwelt entlasten würden.

Was ist zu tun?

Da eine Anpassung des Wirtschaftswachstums an das Tempo der explosiven Zunahmen im Monetärbereich undenkbar ist,

Unterschiedliche Größenentwicklungen

Deutschland 1991 bis 2001

Zuwachsgrößen in Prozenten

Ausgangszahlen in Mrd. Euro

Zuwachsgrößen in Prozenten	Ausgangszahlen in Mrd. Euro	1991	2001
+ 23%	Nettolöhne und -gehälter:	481	590
+ 29%	Bruttolöhne und -gehälter:	697	901
+ 31%	Eink. Unternehm. u. Vermögen:	321	421
+ 37%	Bruttoinlandsprodukt:	1.502	2.063
+ 42%	Steuereinnahmen Staat:	337	477
+ 95%	Bankzinszahlungen:	155	303
+ 99%	Geldvermögen:	3.083	6.158

Quelle: Bundesbank / BMA

© Helmut Creutz

Vergleich verschiedener volkswirtschaftlicher Größen mit dem Bruttoinlandsprodukt

bleibt nur die Anpassung dieses Bereichs an die Gegebenheiten in der Realwirtschaft. Das heißt konkret, nur wenn die Zinssätze und damit die Wachstumsraten der Geldvermögen/Schulden auf die Wachstumsraten der Wirtschaft absinken, könnte die weitere Zunahme der Verteilungsspannungen verhindert werden. Und zu einer wirklichen Entspannung der Situation, die neben dem sozialen Frieden auch jenen mit der Natur einschließt, könnte es dauerhaft nur kommen, wenn alle vorgenannten Wachstums- und Anspruchsentwicklungen gemein-

sam gegen Null tendieren. Das zumindest in den Industrienationen, die heute ihren Abstand zur übrigen Welt immer noch vergrößern.

Sowohl bei der Bündnis-für-Arbeit-Runde als auch den Tarifverhandlungen müsste sich also, neben Arbeitnehmern, Arbeitgebern und dem Staat, im Grunde auch das Geldkapital verpflichten, seine Ansprüche an der Entwicklung des Sozialprodukts auszurichten. Dieser Effekt würde sich im übrigen automatisch ergeben, wenn der Knappheitsgewinn des Geldes, der Zins, genauso mit den Sät-

tigungsentwicklungen in einer Wirtschaft gegen Null sinken würde, wie das bei den Knappheitsgewinnen auf den Gütermärkten der Fall ist. Und zustande käme dieser Effekt, wenn man die heutige Möglichkeit des Geldes, sich bei Sättigungsentwicklungen von den Kapitalmärkten zurück zu ziehen und über diese künstliche Verknappung den Zins marktwidrig hoch zu halten, unterbinden würde. Das wiederum wäre durch eine Umlaufsicherung möglich, die den regelmäßigen Kreislauf des Geldes von der Zins- und Inflationshöhe unabhängig macht.

Dass eine solche Überwindung der heutigen problematischen Umverteilungsfolgen und des Wachstumszwangs enorme positive Folgen haben dürfte, auch im Hinblick auf die Durchsetzung alternativer Energien, bedarf sicher keiner näheren Erläuterungen. Ohne diese angesprochene Korrektur verbleibt uns nur die Alternative, entweder mit mehr Wachstum den ökologischen Kollaps zu beschleunigen oder mit weniger Wachstum den sozialen.

Erschienen in den Zeitschriften „Sozialismus“, „Contraste“, „Solarbrief“, „Politische Ökologie“ und „ZEIT.PUNKT“ sowie auf den Internetseiten von INWO und attac.

Besuchen Sie uns im Internet und fordern Sie weiteres Informationsmaterial an:
www.INWO.de

Informationen und Kontakt:
 Annemarie Voß-Steigner
 Wüstefeld 6
 36199 Rotenburg/F
 INWO@INWO.de

Spendenkonto:
 GLS-Gemeinschaftsbank
 Bochum
 BLZ: 430 60 967
 Kto.-Nr.: 601 045 1400



INITIATIVE FÜR NATÜRLICHE WIRTSCHAFTSORDNUNG